

12. Juni 2002

Kranzl präsentierte Bilanz des Sozialjahres 2001

Sozialplanung als ausdrücklicher Auftrag festgeschrieben

Landesrätin Christa Kranzl präsentierte gestern in der Emmausgemeinschaft in St.Pölten-Viehofen die Bilanz des Sozialjahres 2001. Das von ihr zu verwaltende Sozialressort umfasst die Sozialhilfe mit Ausnahme der Behindertenhilfe, die sozialen und sozialmedizinischen Betreuungsdienste, das Landespflegegeld und die Opferfürsorge. Im Sozialhilfegesetz 2000 sei die Sozialplanung als ausdrücklicher Auftrag festgeschrieben worden, sagte Kranzl. Ziel dieser Maßnahmen sei es, den NiederösterreicherInnen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen, wenn sie die Hilfe der Gemeinschaft brauchen. Hilfe für die, die sie wirklich brauchen, sei das Prinzip, besonders unter dem Aspekt der Hilfe zur Selbsthilfe. Die Maßnahmen, einzeln aufgelistet:

Einmalige Zuwendungen sollen als Auffanglager dienen. 2001 wurden rund 6.600 Personen einmalige Hilfen gewährt. Aus dem Sozialhilfebudget 2001 legte Kranzl dafür 1.888.219 Euro aus. Dauerleistungsbezieher schlugen sich 2001 mit rund 6.600 Personen zu Buche. Für Dauerhilfe wurden 14.791.201 Euro aufgewendet.

In Niederösterreich gibt es per Ende 2001 230 Sozialstationen, die pro Monat 11.420 Hilfeempfänger betreuen. Die Landesmittel betragen 2001 18.095.536 Euro, dazu kommen noch Mittel aus dem NÖGUS und aus den Krankenkassen, insgesamt also 37.571.855 Euro, eine Steigerung von 6,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die sozialen Dienste umfassen die Krankenpflege, Altenhilfe, Heimhilfe, Familienhilfe und die therapeutische Hilfe.

„Essen auf Rädern“ wird in 212 Gemeinden ausgegeben. Außerdem wurden 2001 „fast 2,5 Millionen Mahlzeiten, direkt an die Haustür gebracht“, so Kranzl. Darüber hinaus wurden 1.345 Notrufanschlüsse vom Land mit 412.183 Euro gefördert.

Die Frauenhäuser in Amstetten, Mödling, Mistelbach, Neunkirchen, St.Pölten und Wiener Neustadt konnten auf eine Auslastung von 65 Prozent verweisen. „Allein in Österreich gibt es jährlich zwischen 150.000 und 300.000 misshandelte Frauen“, bemerkte Kranzl. Die Frauenhäuser wurden mit 1.370.940 Euro gefördert.

Sechs Anlaufstellen für Obdachlose, psychisch Kranke, Haftentlassene und Behinderte in Niederösterreich wurden durch 99 Wohnplätze gefördert.

Weiters haben 2001 5.315 Personen die Schuldnerberatung in Anspruch genommen, eine Steigerung von 6,8 Prozent gegenüber 2000. Die Verschuldung pro Person, die den Weg zur Schuldnerberatung findet, beträgt 90.259 Euro. Finanziert wird die Schuldnerberatung

NK Presseinformation

zu 75 Prozent vom Land und zu 25 Prozent vom Arbeitsmarktservice.

10.267 Pflegegeldbezieher bekamen 2001 50.101.259 Euro, und zwar je nach Schwere der Behinderung in einer siebenstufigen Unterteilung.

Die Beihilfen aus der Opferfürsorge sind eine Unterstützung für politisch Verfolgte. 2001 erhielten 197 Personen insgesamt 57.565 Euro.

Zu diesem Artikel gibt es eine unterstützende Audiodatei. Diese ist zum Download nicht mehr verfügbar. Bitte wenden Sie sich an: presse@noel.gv.at